

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Zeile 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Zeile 65 Goldpfennige

**Auf Sammelanzeigen**  
kommen 50% Zuschlag

**Für Platzvorschriften**  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

**Geschäftsstand**  
für beide Teile ist Calw

# Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 35 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 35 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Fernsprecher Nr. 9**

**Verantwortl. Schriftleitung:**  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 145

Montag, den 26. Juni 1933

Jahrgang 106

## Deutschland braucht Luftverteidigung

Reichsluftfahrtminister Goering fordert Polizei-Luftschutz — Die roten Flieger auch über Thüringen und der Pfalz

U. Berlin, 26. Juni. Der „Völkische Beobachter“ bringt eine Unterredung mit dem Reichsluftfahrtminister Goering, die dieser mit einem Vertreter der United-Press im Anschluß an die Ueberfliegung Berlins durch marxistische Heßflugzeuge gewährte. Das Reichsministerium für Luftfahrt werde, so erklärte er, alles daran setzen, um wenigstens ein paar Polizeiflugzeuge bauen zu können. Durch den Verfall der Vertrag, erklärte der Ministerpräsident, ist uns der Besitz von Militärflugzeugen unterlagert worden. Aber bei den Polizeiflugzeugen handelt es sich nicht um eine Frage der militärischen Verteidigung. Diese Flugzeuge sind unbedingt notwendig. In ganz Deutschland besitze ich, so fuhr der Minister fort, nicht ein einziges Flugzeug, das ich zur Abwehr und Verfolgung hätte aufsteigen lassen können. Der Vorfall hat gezeigt, wie wehrlos Deutschland ist. Ist es nicht geradezu grotesk, daß eine Großmacht im Herzen von Europa so wehrlos ist? Ich will mein äußerstes tun, um in Verhandlungen mit den anderen Mächten klarzustellen, daß man Deutschland auf dem Gebiet der Luftverteidigung wenigstens ein Minimum zubilligen muß. Dann bin ich durchaus bereit, auf Bomben- und Angriffsflyzeuge anderer Art zu verzichten.

Mit Rücksicht auf die Faltung, die auf der Abrüstungskonferenz hinsichtlich des zivilen Luftverkehrs in Deutschland eingenommen wurde, meint der Minister, sei es lächerlich, so lange von Abrüstung zu sprechen, als nicht grundsätzlich festgestellt worden sei, daß Deutschland Verteidigungsmittel in der Luft zugefunden seien. Ich werde, erklärte der Minister, gegen die falsche Behauptung, vielmehr gegen die Lüge protestieren, daß Heer und Flotte für die Verteidigung Deutschlands ausreichen. Diese zwei Organismen geben uns nur eine horizontale Verteidigung zu Land und zu Wasser, eine vertikale Verteidigung in der Luft fehlt uns vollständig. Zum Schluß wies der Minister darauf hin, daß unablässig an der Verbesserung des Luftverkehrs gearbeitet werde.

### Projekt der Reichshauptstadt

Der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm hat an den Reichskanzler und an den Preussischen Ministerpräsidenten

das nachstehende Telegramm geschickt: „Der Vorfall, daß ausländische Flugzeuge über der Reichshauptstadt Flugblätter abwarfen und unerkannt wieder entkommen konnten, hat in der Berliner Bevölkerung größte Beunruhigung hervorgerufen und eindeutig klar gezeigt, in welcher bedrohlicher Lage sich die Reichshauptstadt jedem Luftangriff gegenüber befindet. Namens der Reichshauptstadt spreche ich die dringende Bitte aus, alle Möglichkeiten zu erschöpfen, um diesem unmöglichen Zustande abzuhelfen.“

### Die roten Flieger auch über Thüringen

Der Referent für Luftschutzwesen, Polizeihauptmann Nieckhoff, teilte, wie Blätter aus Weimar melden, mit, daß die roten Flieger auch über Thüringen geflogen sind und, wie die Abgabe von Zetteln auf dem Polizeipräsidium Weimar beweist, auch dort Flugblätter abgeworfen haben. — Auch über der Pfalz sollen die Flieger in großer Höhe gesichtet worden sein.

### Wilde Ausflüchte in Paris

Die Ueberfliegung Berlins durch ausländische Flugzeuge und der Abwurf von Propagandazetteln wird aus nur zu begreiflichen Gründen von der gesamten Pariser Presse mit gemachter Skepsis ausgenommen. Die Blätter sprechen wie auf Befehl von oben von einem „Geistergeschwader“, für dessen Vorhandensein keinerlei Beweis angeführt werden könne. Der Grund für diese gefühlte skeptische Einstellung wird von den Blättern selbst gegeben, indem sie der Befürchtung Ausdruck geben, Deutschland könnte nunmehr in Genf mit besonderem Nachdruck die ihm bisher verweigerte Gleichberechtigung fordern. Ohne nur wenige Jahre zurückdenken zu wollen, wo von Frankreich aus Flugzeuge mit antisemitischen Propagandazetteln nach Rom flogen, bekennt die Presse eine derartige Möglichkeit für Deutschland und betont außerdem, daß die großen Unkosten, die mit einem derartigen Flug verbunden wären, in Widerspruch zu der äußerst primitiven Herstellung der Flugzettel selbst ständen.

## v. Bodelschwingh gibt Auftrag zurück

Entscheidende Wendung in der Kirchenfrage: Ein Kirchen-Kommissar in Preußen ernannt Die Kirchenparlamente aufgelöst

— Berlin, 26. Juni. Am Samstag mittag wurde der Leiter der Kirchenabteilung im preussischen Kultusministerium, Jäger, zum Staatskommissar für sämtliche evangelischen Landeskirchen Preußens ernannt. Der nominierte Reichsbischof von Bodelschwingh hat daraufhin in einer Sitzung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses folgende Erklärung abgegeben: Durch die Einsetzung eines Staatskommissars für den Bereich sämtlicher evangelischer Landeskirchen Preußens ist mir die Möglichkeit genommen, die mir übertragene Aufgabe durchzuführen. Das nötigt mich, den mir vom Deutschen Evangelischen Kirchenausschuss erteilten Auftrag zurückzugeben.

### Der Kirchen-Kommissar übernimmt sein Amt.

Der Staatskommissar für die evangelischen Kirchen Preußens teilt mit:

1. Getragen von der Verantwortung gegenüber dem Wert der Reformation und befeelt von dem unbeugsamen Willen, der Zerrissenheit im Kirchenvolk ein Ende zu machen, hat mich der Herr preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zum Kommissar für sämtliche evangelischen Landeskirchen Preußens mit der Vollmacht bestellt, die zur Befestigung der vorhandenen Verwirrung und zur Verhütung weiterer Zerrissenheit und Aufspaltung erforderlichen Maßnahmen zu treffen.
2. Ich übernehme hierdurch die Führung der Geschäfte der sämtlichen evangelischen Landeskirchen Preußens. Ich beauftrage mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte die bisherigen Stellen.
3. Der Geschäftsverkehr der evangelischen preussischen Landeskirchen mit dem deutschen evangelischen Kirchenausschuss erfolgt ausschließlich über meine Person.
4. Ich beauftrage mit sofortiger Wirkung den Vizepräsidenten des evangelischen Oberkirchenrates Hundt in Berlin und den Generalsuperintendenten Schian in Breslau.
5. Ich löse mit sofortiger Wirkung sämtliche gewählten kirchlichen Vertretungen in den evangelischen Landeskirchen Preußens auf.
6. Weitere Anordnungen folgen.

Der Kommissar: gez. Jäger.

### Ernennungen

Der Staatskommissar für die evangelischen Kirchen in Preußen teilt mit:

1. Zur freien Entfaltung der evangelischen Kirche nach ihrem ureigenen inneren Wesen ist ein Neuaufbau erforderlich.
  2. Ich bestelle zum kommissarischen Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrats der altpreuussischen Union den Rechtsanwalt Stadtrat Dr. Friedrich Werner in Berlin. Gleichzeitig übertrage ich auf den kommissarischen Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrats sämtliche Befugnisse des Kirchenrats.
- Weiter bestelle ich zum kommissarischen geistlichen Vizepräsidenten des evangelischen Oberkirchenrates den Pfarrer Joachim Hoffensfelder in Berlin; zum kommissarischen weltlichen Vizepräsidenten des evangelischen Oberkirchenrates den Konsistorialrat Dr. Gürtel in Breslau. — Der Staatskommissar hat ferner eine Anzahl Bevollmächtigter für die Kirchenbereiche ernannt.

Durch eine weitere Verfügung des Kirchenkommissars Jäger sind der Privatdozent Dr. Hans Michael Müller, Jena, und Stadtverordneter Max Greve Meyer, Berlin, kommissarisch mit der Uebernahme der Geschäftsführung des Evangelischen Presseverbandes für Deutschland beauftragt worden. Direktor Prof. D. Hinderer und Dr. Siepmann wurden mit sofortiger Wirkung beurlaubt.

Der „Völkische Beobachter“ zum Rücktritt Bodelschwinghs  
Der „Völkische Beobachter“ schreibt zu der Ernennung eines Kommissars für die preussische Landeskirche und dem Rücktritt Bodelschwinghs u. a.: Mit der Ernennung eines Kirchenkommissars für Preußen sei in dem Konflikt zwischen der Leitung der Ev. Landeskirche und der preussischen Staatsregierung eine entscheidende Wendung eingetreten. Der Rücktritt des Reichsbischofs Bodelschwingh beende einen recht unerquicklichen Kampf innerhalb der evangelischen Kirche. Ein dem Volk vielfach entfremdetes Regiment habe einen persönlich ehrenwerten, aber in keinem Sturm unserer Tage erprobten Mann zu seinem Führer gewählt, ohne eine Ahnung von der Sehnsucht der Nation zu besitzen. Der Kampf

## Tages-Spiegel

Reichsluftfahrtminister Goering forderte Polizeiflugzeuge für Deutschland, um einen hinreichenden Schutz des deutschen Luftraums zu sichern. Die roten Flieger haben auch über Thüringen Werbeblätter abgeworfen.

Reichsbischof v. Bodelschwingh hat seinen Auftrag zurückgegeben, nachdem die Einsetzung eines Kirchen-Kommissars in Preußen sein ferneres Wirken unmöglich gemacht hat.

In einer großen Kundgebung der Vaterländischen Front in Wien drohte Bundeskanzler Dollfuß, in kaum verhüllter Weise den Nationalsozialisten mit der Todesstrafe.

Im Rahmen der Vorarbeiten für einen planmäßigen Flugverkehr über den Südatlantik wurde von der Deutschen Luft Hansa erneut ein großer Erfolg erzielt. Ein Pendelflug über den Südatlantik wurde unter verkehrsmäßigen Bedingungen in 33 1/2 Stunden durchgeführt.

Der Deutschen Christen sei deshalb die spontane Antwort gewesen jenes Geschlechts, das an der Erneuerung Deutschlands mitgekämpft habe. Es sei klar, daß nunmehr der kirchliche Weg freigemacht worden sei für eine befriedigende Lösung, wie sie in der von den Deutschen Christen geforderten Form gegeben sei.

## Die Aufgaben der Jugend

U. Hannover, 26. Juni. Der Jugendführer des Deutschen Reiches, Balduar von Schirach, hielt am Samstagabend auf einer großen Kundgebung der Hitler-Jugend in Hannover eine Ansprache, in der erklärte, die in der Hitler-Jugend vereinigte deutsche Jugend habe an die Stelle der früheren Bürokratie das lebendige Leben gesetzt. So sei der Staat entstanden, der das organische Volk darstelle. Mit großem Nachdruck stellte Schirach fest, daß die Hitler-Jugend und er als der Führer seinen Finger breit von der revolutionären und sozialistischen Absicht abweisen würden, die das Kennzeichen auch für die fernste Zukunft sei. Er wisse, daß er im Sinne der Jugend gehandelt habe, als er vor kurzem den Großdeutschen Bund verboten habe, denn nationale Bünde, die nicht die Folgerungen aus ihrer nationalen Einstellung zögen, hätten keine Daseinsberechtigung mehr. Darüber hinaus werde er alle Jugendorganisationen auflösen, die sich dem revolutionären Willen der deutschen Jugend entgegenstellen wagten. Der Redner teilte ferner mit, daß Reichskanzler Hitler ihm neben den Jugendverbänden auch die Jugend an den Höheren und Fachschulen unterstellt habe und ermahnte die Zehntausende von Angehörigen der Hitler-Jugend, angesichts des brennenden Holzstoßes daran zu denken, daß sie die Träger des nationalsozialistischen Staates seien.

## Verhaftungen in Bayern

Führende Mitglieder BVP. verhaftet.

U. Bad Nibling, 26. Juni. Anläßlich eines Festaktes, mit dem die Erhebung von Bad Nibling zur Stadt gefeiert wurde, hielt am Sonntagabend in der dicht gefüllten Ausstellungshalle der bayerische Innenminister Adolf Wagner eine längere Rede, in der er auf die in den letzten Tagen bei prominenten Führern der BVP. vorgenommenen Hausdurchsuchungen zu sprechen kam. Er könne heute feststellen, daß die abgegebenen Loyalitätserklärungen alle erlogen gewesen wären und daß der Versuch gemacht wurde, in ganz intensiver Weise trotz des bestehenden Versammlungsverbotes Versammlungen durchzuführen und daß auch die aufgelöste Bayernwacht nach wie vor bestünde. Der Minister erklärte, die Zeit der Parteien sei in Bayern endgültig vorbei und er werde jeden als Volksschädling festnehmen lassen, der den Versuch mache, wiederum eine Partei zu gründen, ganz gleich unter welchem Namen. Der Minister gab bekannt, daß heute nicht nur die prominentesten Führer der bayerischen Sozialdemokratie, sondern auch die prominentesten Mitglieder der Bayerischen Volkspartei verhaftet worden sind.

## „Graf Zeppelin“ im Saargebiet

U. Saarbrücken, 26. Juni. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ traf gestern vormittag gegen 8 Uhr über dem Saargebiet ein, stürmisch begrüßt von der gesamten Bevölkerung. Eine ungeheure Welle der Begeisterung brandete dem Luftschiff bei der Landung in Saarbrücken entgegen, war er für das Saargebiet gewissermaßen doch ein Gefandter aus dem Lande, zu dem in diesen schweren Tagen mehr denn je die Liebe und Hingabe des Saarlokes führt. Trotz der Anordnungen der saarländischen Regierungskommission, die den Besuch des Luftschiffes jeden Schein einer nationalen Kundgebung nehmen sollten, wurde bei der Landung das Deutschlandlied aus Zehntausenden von Röhren gefungen.

Uhr:  
Ktplatz.

rau  
hält?

Auf-  
Groß-  
Tag  
chir-  
e gu-  
e sie  
wäre  
Denn  
ll, ist  
was  
gerl

Reinigen  
ausgerät

ent

Gemüse-  
reinigung

ie und ver-  
flage von  
ainlen.  
schwäbische  
Einmachgen.  
g. per Stück.  
en durch  
nsverlag  
Baifer  
, Nagolb.

ochen

gniffen  
Stelle  
halt.

mb, Calw  
weg Nr. 23

ker

steuert, durch-  
logus, 95 M.

ertrag

atter, verkauft  
Erstmühl.

teure

eraten und  
dient sein  
enden sich  
die

andlung

Drogerie  
nsdorff

# Die neuen Beamten-gesetze der Reichsregierung

## Beamte können zur Vereinfachung der Verwaltung oder im Interesse des Dienstes in den Ruhestand versetzt werden

Berlin, 25. Juni. Eine besondere Rolle spielte in der letzten Kabinettsitzung ein Gesetz zur Aenderung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933. In diesem Gesetz wird u. a. bestimmt, daß zur Vereinfachung der Verwaltung oder im Interesse des Dienstes Beamte in den Ruhestand versetzt werden können, auch wenn sie noch nicht dienstunfähig sind. Werden Beamte aus diesen Gründen in den Ruhestand versetzt, so dürfen ihre Stellen nicht mehr besetzt werden. Auf Wahlbeamte der Gemeinden und auf leitende Gemeindebeamte, die im Interesse des Dienstes in den Ruhestand versetzt werden, findet die Bestimmung, daß ihre Stellen nicht mehr besetzt werden dürfen, keine Anwendung. Die Verfügungen müssen bis zum 31. März 1934 zugestellt sein.

Ferner wurde in der Kabinettsitzung der Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der im Kampfe für die nationale Erhebung erlittenen Dienststrafen und sonstigen Maßregelungen verabschiedet. Das Gesetz besagt u. a.: „Soweit für Handlungen oder Unterlassungen, die im Kampfe für die nationale Erhebung des deutschen Volkes vor dem 21. März 1933 begangen sind, Dienststrafen verhängt worden sind, werden sie nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen aufgehoben. Wegen gleicher Handlungen oder Unterlassungen anhängige Verfahren werden eingestellt. In den Personalakten sind die Vermerke über die genannten Dienststrafen zu streichen. Geldstrafen, Kosten des Verfahrens und Stellvertreterkosten, die der Beamte bezahlt hat, sind zurückzuzahlen. Strafverurteilungen gelten als ordentliche Versetzungen, Beträge, die infolge einer als Strafe verhängten Verminderung des Dienstlohns ergehen, sind nachzuzahlen. Beamte, die mit Dienstentlassung bestraft worden sind, haben von dem Zeitpunkt ihrer Entlassung an die rechtliche Stellung eines beurlaubten Beamten.“

In der Begründung zu dem Gesetz wird darauf hingewiesen, daß das von den früheren Regierungen an Beamten wegen ihres Eintritts für die nationale Erhebung begangene Unrecht unbedingt wieder gutgemacht werden muß, und daß die zur Bestrafung führenden Vergehen kein dienstwidriges Verhalten darstellen. Das Gesetz ist erlassen worden, weil die Amnestie vom 21. März diese Vergehen außer Acht ließ; es ist erlassen worden, um alle diese Beamten restlos zu rehabilitieren.

Der von der Reichsregierung verabschiedete Entwurf des Gesetzes zur Aenderung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ist sehr bedeutungsvoll. Es wird dadurch der Reichsregierung die Möglichkeit gegeben, ohne jede Rücksicht jeden einzelnen Beamten in den Ruhestand zu versetzen, auch wenn er nicht dienstunfähig ist. Diese Versetzung kann auch ohne Rücksicht auf seine politische Haltung erfolgen. Das wird insbesondere notwendig sein, wenn bisher bestehende Behörden überflüssig sind und abgebaut werden. Der Reichsregierung wird das Recht gegeben, bisher in den Wartestand versetzte Beamte endgültig durch ihre Versetzung in den Ruhestand aus dem Beamtenkörper auszuschneiden. Da das Gesetz sich auch auf die Landesbehörden und auf Wahlbeamte und sonstige Beamte der Gemeinden und Gemeindeverbände in leitender Stellung bezieht, gibt es praktisch kaum Beamte in Deutschland, die nicht in den Ruhestand versetzt werden können. Den Gemeinden wird im Interesse der politischen Gleichgestaltung durch dieses Gesetz noch das Recht gegeben, die frei werdenden Stellen neu zu besetzen. Die Auswirkung ist ziemlich erheblich, denn die Gemeinden können nunmehr ohne Zustimmung der Betroffenen alle Bürgermeister, Stadträte und sonstige mit der politischen Richtung des neuen Deutschland nicht übereinstimmende Beamte in den Ruhestand versetzen und ihre Stellen neu besetzen.

# Englisch-russische Einigung

London, 25. Juni. Die englische Regierung hat den ersten Schritt zur Lösung der englisch-russischen Spannung getan. Außenminister Simon hat den russischen Außenkommissar Litwinow zu einer Zusammenkunft im Außenamt am Montag geladen, auf der ohne Zweifel das englische Einfuhrverbot und die Freilassung der in Moskau gefangenen englischen Ingenieure Macdonald und Thornton besprochen werden wird. „Daily Express“ und andere Zeitungen rechnen bereits bestimmt damit, daß als Ergebnis der Unterredung eine gleichzeitige Aufhebung des englischen Einfuhrverbots und die Freilassung der englischen Ingenieure erfolgen wird.

Litwinows Annäherungen an die französische Abordnung sind demgegenüber sehr kühl aufgenommen worden. Seine Bemühungen, eine große Anleihe oder zum mindesten einen ausgedehnten Handelskredit zu erhalten, sind von der Bank von Frankreich abgewiesen worden.

# Kleine politische Nachrichten

**Großzügige Fremdenverkehrswerbung.** Das Reichspropagandaministerium plant, die Propagandazeitschriften der einzelnen Interessengruppen zusammenzufassen und eine große Propagandazeitschrift „Deutschland“ zu schaffen, die unter Umständen in mehreren Sprachen erscheinen könnte. Außerdem ist ein Preisauschreiben geplant für ein wirksames Plakat. Auch an die Herstellung eines großen Propagandafilmes „Deutschland“ wird man herangehen. In diesem Film sollen das Volkstum, die Arbeit, die Kultur und Landschaft Deutschlands im neuen Deutschen Reich anschaulich gemacht werden.

**Arbeitsbeschaffung durch die Deutsche Reichspost.** Um das Bestreben der Regierung der nationalen Erhebung, die Arbeitslosigkeit mit allen Mitteln zu bekämpfen, weitgehend zu unterstützen, betreibt die Deutsche Reichspost seit Wochen die Durchführung eines neuen und erheblich erweiterten Arbeitsprogramms. Dieses sieht Aufträge in Höhe von 50 Millionen RM. vor, so daß einschl. der vom Vorjahrsprogramm noch ausstehenden restlichen Aufträge im ganzen 76 Millionen Reichsmark zur Vinderung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung gestellt werden sollen. Gelingt es der Deutschen Reichspost, die Mittel auszubringen, so werden durch die Aufträge der Deutschen Reichspost etwa 17 000 Arbeitnehmer für ein Jahr Beschäftigung finden können.

**Die Christlichen Gewerkschaften durch Sonderbeauftragte der NSD übernommen.** In Berlin ist der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften durch den Sonderbeauftragten der NSD, Pp. Klapper, übernommen worden. Die einzige anwesende Vorstandsmitglied Otto und Kaiser wurden aus dem Haus gewiesen. Aus dem Reich liegen Meldungen vor, daß in sämtlichen Geschäftsstellen gleichfalls von der NSD die Besetzung vorgenommen worden ist. Die Eingliederung der christlichen Gewerkschaften in die Arbeitsfront wird nunmehr in kürzester Zeit erfolgt sein.

**Zurückweisung sowjetrussischer Proteste gegen Eugenbergs Denkschrift.** Der russische Botschafter in Berlin hat im Auswärtigen Amt eine russische Note übergeben, die sich auf die bekannte Denkschrift Eugenbergs bezieht. Staatssekretär von Bülow hat, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, die Beschwerde des russischen Botschafters auf das schärfste zurückgewiesen, da die Denkschrift Eugenbergs keinerlei Anlaß zu irgendeiner Beschwerde seitens der Sowjetregierung bilde.

## Deutsche Denkschrift in London

### über Abschaffung der Einfuhrverbote und Handelsbeschränkungen

London, 25. Juni. Um die Verhandlungen des Ausschusses für Zölle und Handelsbeschränkungen der Weltwirtschaftskonferenz zu beschleunigen, hat Ausschusspräsident Krogmann die bisherigen Vorschläge über die Abschaffung der Einfuhrverbote und Handelsbeschränkungen in einer Denkschrift zusammengestellt. In ihr wird zunächst festgestellt, daß die meisten Abordnungen dem Grundsatz der Abschaffung der Einfuhrverbote und anderer arbiträrer Einfuhrbeschränkungen zustimmen, wenn auch mit einer Reihe von Vorbehalten und Bedingungen. Der Krogmannauschuss war jedoch einstimmig der Ansicht, daß keine allgemeinen Maßnahmen in der Frage der Einfuhrverbote und Zölle angenommen werden können, solange die Währungen gewisser Staaten nicht stabilisiert worden seien. Aus den Besprechungen des Unterausschusses geht hervor, daß nach allgemeiner Ansicht die Bereitstellung eines größeren Devisenbetrages für die Importeure notwendig sei. Ferner wird festgestellt, daß für die schrittweise Beseitigung der Handelsbeschränkungen nach vorherrschender Ansicht des Ausschusses eine Uebergangsperiode geschaffen werden müsse.

Von französischer Seite wird mitgeteilt, daß wahrscheinlich die meisten wirtschaftlichen Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz mit einer Vorbehaltsklausel versehen würden, in der die Währungsstabilisierung als Bedingung und Voraussetzung für die Durchführung der Beschlüsse erklärt wird.

## Der Plan des österreich-ungarischen Zusammenschlusses

### Die Haltung Englands

Eine Reutermittteilung aus London bespricht die Möglichkeit der österreichischen Entwicklung und die Stellungnahme Englands hierzu. Österreich habe vier Möglichkeiten, um sich wirtschaftlich zu stärken:

1. Anschluß an Deutschland. Die Möglichkeit hierzu sei weiter entfernt als noch vor zwei Jahren.

2. Österreich kann versuchen, sich selbständig zu halten und sich durch andere Mächte unterstützen zu lassen, bis die wirtschaftliche Wiederherholung einsetzt. In London sei man der Ansicht, daß Österreich einer dauernden Heilung bedürftig sei, wenn es den finanziellen und politischen Sturm überleben soll.

3. Ein Donaublock. England würde dies begünstigen, aber Deutschland würde starken Widerstand leisten.

4. Wiederherstellung des österreichisch-ungarischen Reiches. Dieser Plan würde für England annehmbar sein, weil ihm die Rolle Österreichs als Gefahrenpunkt in Europa Sorgen mache. Frankreich würde diesen Plan ebenfalls unterstützen, weil er dem Anschlußgedanken den Todesstoß geben würde. Mussolini würde aufatmen. Deutschland würde sich im Hinblick auf die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage fügen, wenn auch widerwillig. Dr. Dollfuß begünstigt den Plan, habe aber Bedenken gegen die Rückkehr der Habsburger. Die kleine Entente würde ernste Einwände erheben und mit der Mobilisierung drohen, falls es keine Gegenleistung erhält. Diese würde darin zu bestehen haben, daß das neue Österreich-Ungarn enge Wirtschaftsabmachungen mit dem Ententeblock eingeht.

**Italien dementiert neuerdings einen Vorschlag für die Schaffung eines österreich-ungarischen Königreichs (!) gemacht zu haben.**

## Die Attentate in Oesterreich

### von Kommunisten begangen

Budapest, 25. Juni. Von zuverlässiger Seite erfahren wir, daß in dem Ermittlungsergebnis der österreichischen Attentate der letzten Wochen in Wien Feststellungen dahingehend getroffen worden sind, daß es sich vornehmlich nicht um Nationalsozialisten, sondern um Kommunisten handelt, die sich in nationalsozialistischer Kleidung und mit falschen Ausweispapieren versehen für die Attentate auf Geheiß der dortigen kommunistischen Partei zur Verfügung gestellt hatten, hauptsächlich zu dem Zwecke, um die österreichischen Nationalsozialisten mit diesen Vorgängen zu belasten.

## Ausweisungen österreichischer Juden aus Deutschland

In Ruffstein haben in den letzten Tagen eine Anzahl österreichischer Juden die deutsch-österreichische Grenze passiert, die als lästige Ausländer aus Deutschland ausgewiesen worden sein sollen. Es dürfte sich bei diesen Ausweisungen um Gegenmaßnahmen für die Ausweisung deutscher Nationalsozialisten aus Oesterreich handeln.

## Konferenzen und Kongresse

**Die Freunde des Konstanzer Konzils.** — Wenn der Kaiser zum Volksfest kommt. — Leere Blätter als Reichstagsakten. Von Peter Brummer.

Die Augen der ganzen Welt sind auf die Londoner Wirtschaftskonferenz gerichtet, von der 66 Staaten die beginnende Wiedergeburt erhoffen. Nicht durch hochtrabende und lange Neben soll sich diese Zukunft der Wirtschaftler und Politiker aller Länder auszeichnen, sondern durch den Willen zu erlösender und rascher Tat. Deshalb hofft man auch in denbar kürzester Zeit die Konferenz zu einem guten Ende zu führen.

Wird dieses Ziel wirklich erreicht, so stellt die Londoner Weltwirtschaftskonferenz etwas Neues dar. Bisher war man gewohnt, daß bei solchen Zusammenkünften mehr geredet und geschwätzt als im Sinne der zu erfüllenden Aufgabe geleistet wurde. Konferenzen und Kongresse bildeten nämlich von jeher für die Herren Diplomaten willkommene Anlässe, ihre gesellschaftlichen Vorzüge glänzen zu lassen und sich unter Umständen auch auf Kosten ihrer Länder ein paar vergnügte Wochen, Monate oder gar Jahre zu leisten.

Man braucht ja nicht in die Ferne weit zurückliegender Zeiten zu schweifen, um ein paar solcher Beispiele zu finden, denn die Tätigkeit der sogenannten Abrüstungskonferenz und die des Völkerbundes im besonderen überzeugten niemand davon, daß die Diplomaten wirklich den Willen hatten, auf Kosten ihrer eigenen Wagen- und sonstigen Freuden ihre Arbeit rasch zu Ende zu führen. Aber die Worte Völkerbund wie Abrüstungskonferenz haben für uns Deutsche einen so bitteren Nachgeschmack, daß man ihre Tätigkeit nicht unter der Lupe des Humors befehen kann.

Mit größerem Behagen darf man das betrachten, was uns vom Konstanzer Konzil berichtet wird. Es galt dort die Lösung wichtigster Fragen, und die Bedeutung, die man ihnen beimah, glaubte man durch ein Massenaufgebot an hohen und höchsten Herrschaften zum Ausdruck bringen zu müssen. Neben Tausenden von Geistlichen aller Rangstufen zählte man zu Beginn des Konzils in Konstanz dreihundert Bischöfe und dreißig Kardineale. Jeder war natürlich mit dem nötigen Gefolge erschienen, und so hielten sich zeitweilig in der kleinen Stadt am Bodensee mehr als achtzigtausend Fremde aus aller Herren Ländern auf. Diese Menschenmengen waren längst nicht alle unmittelbar am Konzil beteiligt, sondern der größte Teil kam dorthin, um irgendwelche Geschäfte zu betreiben. Vor allem hatte sich die ganze leichthinnige Frauenwelt der umliegenden Länder in Konstanz eingefunden. Die Pracht, die von den Konziltteilnehmern in der kleinen Stadt entfaltet wurde, war unerhört. Im richtigen Verhältnis hierzu standen die Genüsse, die man sich leistete. Konstanz war eine einzige Riesenküche, ein ungeheurer Weinkelner, wo genug Profanen abfielen, um Zehntausende von Bettlern zu nähren. Die Verhandlungen, die der verhältnismäßig kleine Ort selbst bot, ge-

nügten natürlich nicht, und so zog man im Sommer in die umliegenden, besonders in die Schweizer Bäderorte und ließ das Konzil Konstanz sein. Zwiischendurch erlebte man das Schauspiel der Verbrennung des Johannes Hus und im nächsten Jahre die des Hieronymus von Prag. So hielt man es vier Jahre lang in Konstanz aus, um dann mit dem Bewußtsein nach Hause zu gehen, daß außer der Beseitigung des Neben- einanderregierens dreier Päpste nichts erreicht worden war.

Ein ähnliches Gespräch hatten die verschiednen deutschen Reichstages des Mittelalters. Sie wurden nicht an einem bestimmten Ort, sondern abwechselnd in den verschiedensten freien Reichstädten veranstaltet und brachten der jeweiligen glücklichen Gemeinde einen gewaltigen Zustrom an Fremden. Sie waren eine Art Volksfest, zu dem sich die großen Würdenträger, Ritter, Rechtsgelehrte, Damen, Händler, Quacksalber, Pfandleiher, fahrendes Volk und Gauner in großen Mengen einfanden. Die Zeit bis zum Eintreffen des Kaisers betrieb man sich mit allerlei Belustigungen, Turnieren, Tanzvergünnungen und vornehmlich mit ausgedehnten Gelagen. Hand dann eine Sitzung statt, so begab man sich mit Brunnenschälkeln dorthin, war schlechter Laune und zankte sich stundenlang über geringfügige Fragen des Vorrangs bei der Einnahme der Sitze und bei der Aufstellung des feierlichen Festzuges. Sehr viel Zeit widmete man dem schönen Geschlecht und dem Spiel, das stark ausartete und manden Fürsten und Standesherrn mit leerer Tasche in die Heimat schickte. An den Zweck des Reichstages dachte man erst in letzter Linie, und so ist es kein Wunder, daß bei diesen hochpolitischen Zusammenkünften nicht viel herauskam. Ein kaiserlicher Hofnar aus dem sechzehnten Jahrhundert wußte den Wert der Sitzungen dadurch zu kennzeichnen, daß er eine dicke Wappe bei sich führte, auf der in großen Buchstaben „Atten des Reichstages“ stand und die — leere Blätter enthielt.

Weltberühmtheit als Diplomatenzusammenkunft, wie sie nicht sein soll, erlangte der Wiener Kongreß. Die wenigsten Teilnehmer hieran hatten ihre Aufgabe, die Befriedigung und Neuaufichtung Europas nach den Wirren der napoleonischen Kriege, begriffen. In Wien merkte man nichts von den furchtbaren Kämpfen der letzten Jahre und von der grenzenlosen Not des Volkes. Leichtsinnigste Gemütsart, raffinierte Eleganz, Gedankenarmut gaben dem Wiener Kongreß das Gepräge. Wien war zum internationalen Babort überbesten Art geworden, aber nicht zur Stätte, an der über das Schicksal Europas in sachlicher Weise entschieden wurde. Während draußen im Land Hungersnot herrschte, kostete die Tafel des Kaisers von Oesterreich täglich 15 000 Gulden. Aber all dieser Werbenzettel war notwendig, damit die Vertreter der einzelnen Staaten ihre eigentliche Aufgabe vergaßen, ganz nebenbei über die Schicksale der Völker in willkürlicher Weise entschieden und so den Mächtschaften Metternichs keinen Widerstand entgegenzusetzen, der als Organisator dieses Riesencummels ungestört im Trüben fischen konnte.

# Wichtige Beschlüsse des württ. Staatsministeriums

Das württ. Staatsministerium hat in seinen beiden letzten Sitzungen vom 20. und 23. Juni zwei wichtige Gesetze verabschiedet: das Gesetz über die Ortsvorsteher und das Gesetz über den Rechnungshof.

Das Gesetz über die Ortsvorsteher schließt sich an das anfangs Juni verabschiedete Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindeverwaltung an und bedeutet das zweite wichtige Teilstück in der Reform des bisherigen Gemeindeverfassungsrechts und seiner Anpassung an die neuen staatsrechtlichen und politischen Verhältnisse. Der Kern des Gesetzes, über dessen wesentlichen Inhalt noch besonders berichtet wird, liegt in der Ernennung der Ortsvorsteher durch die Regierungsbehörde. Die bisherige Wahl der Ortsvorsteher durch die Gemeindeglieder, die meist mit Mißbilligkeit aller Art verbunden war, ist damit beseitigt, ebenso die daraus entspringende Abhängigkeit des Ortsvorstehers vom Gemeinderat und seinen Wählern. Damit wird das auf Selbstverantwortlichkeit aufgebaute Führerprinzip — eine der politischen Grundforderungen für den Aufbau des neuen nationalen Staats — auch für die Gemeinden verwirklicht.

Das Gesetz über den Rechnungshof ist das Schlüssstück in der Regelung des württ. Staatshaushaltsrechts. Für die Tätigkeit des Rechnungshofs stellt die Ende April verabschiedete Staatshaushaltsordnung die notwendige materiell-rechtliche Grundlage dar. Wie die Staatshaushaltsordnung die Grundsätze und Erfahrungen des deutschen Haushaltsrechts in umfassender Weise verarbeitet hat, so gibt auch das Gesetz über den Rechnungshof diesem eine Ausgestaltung, die sowohl hinsichtlich des Prüfungsziels wie des Prüfungsumfanges über die Bedeutung ähnlicher Einrichtungen anderer Länder vielfach hinausgeht. Der Hauptgrund dafür ist, daß sich die Prüfungstätigkeit nicht nur auf die rechnerische formale Seite erstreckt, sondern auch auf die wirtschaftliche und rechtliche Seite, auf die Frage der Zweckmäßigkeit. Bei dem Aufbau des Rechnungshofs wurde ferner auch das Führerprinzip zur Geltung gebracht, in dem der Rechnungshof seine Entscheidungen nicht durch Abstimmung und Mehrheitsbeschluß im Kollegium herbeiführt, sondern bei jeder Abstimmung die Stimme des Präsidenten unbedingt entscheidet.

In der Sitzung vom 23. Juni wurde schließlich noch über das Staatshaushaltsgesetz und den

## Staatshaushalt für 1933

unter Zugrundelegung des im Frühjahr bereits vorgelegten Planentwurfs und Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Änderungen Beschluß gefaßt. Der bisherige Fehlbetrag wird zum Teil durch zu erwartende Mehreinnahmen bei der Forstverwaltung und dem Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer, zum Teil durch Vereinfachung der Verwaltung und andere Maßnahmen zum Ausgleich gebracht werden.

Das vom Staatsministerium beschlossene Gesetz über die Ortsvorsteher soll mit dem 1. Juli ds. Js. in Kraft treten. Nach diesem Gesetz werden die Ortsvorsteher künftig nicht mehr gewählt, sondern von der Regierungsbehörde, d. h. für die großen und mittleren Städte vom Staatsministerium, für die übrigen Gemeinden vom Innenministerium auf Lebenszeit ernannt. Die Regierungsbehörde kann aber das Dienstverhältnis der Ortsvorsteher, die nicht schon mindestens drei Jahre in einem Beamtenverhältnis stehen, während der ersten drei Ortsvorsteherdienstjahre mit einer Frist von 8 Monaten lösen. Die Regierungsbehörde kann den Ortsvorsteher ferner aus dienstlichen Gründen auf eine andere Ortsvorsteherstelle oder auf eine seiner Berufsbildung und bisheriger Tätigkeit entsprechende Stelle in der staatlichen Verwaltung versetzen, wenn die neue Stelle der gleichen Besoldungsgruppe, in den ersten drei Ortsvorsteherdienstjahren auch, wenn sie einer niedrigeren Besoldungsgruppe angehört. Die bisherigen Bestimmungen über den Nebenberuf der Ortsvorsteher sind insofern verschärft, als die Genehmigung der Aufsichtsbehörde nötig ist, und zwar bei Nebenbeschäftigungen auch dann, wenn mit diesen keine fortlaufende Belohnung verbunden ist. Die Regierungsbehörde kann für mehrere benachbarte Gemeinden einen gemeinsamen Bürgermeister ernennen. Die Einrichtung einer Bürgermeisterei zur Verwaltung mehrerer benachbarter Gemeinden ist insofern erleichtert, als die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung die Einrichtung anordnen kann, wenn die Gemeinden sich nicht einigen. Die Besetzungsabstimmungen sind im Sinne einer Ermäßigung bisher überhöhter Bezüge neu geregelt. In Besoldungsgruppen mit Dienstalterszulagen werden eingereicht alle sachmännlich vorgebildeten Ortsvorsteher und alle Ortsvorsteher — gleichgültig, ob sie sachmännlich vorgebildet sind oder nicht — in Gemeinden über 2500 Einwohner. Nicht sachmännlich vorgebildete Ortsvorsteher in Gemeinden bis zu 2500 Einwohner erhalten eine einheitliche jährliche Besoldung, die innerhalb eines Rahmens zu bemessen ist; Wohnungsgeld und Kinderzulage erhalten diese Ortsvorsteher nicht. Die Besoldungen setzt die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung fest. Die Dienstbezüge des Ortsvorstehers hat die Gemeinde zu tragen, für die er angestellt ist. Die Gewährung von mäßigen Dienstaufwandsentschädigungen für den durch das Amt allgemein verursachten erhöhten persönlichen Aufwand ist vorgesehen; ebenso die Möglichkeit der Ueberlassung eines Gebäudeteils an den Ortsvorsteher für die Besorgung gewisser Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Nach den Übergangsbestimmungen gelten die am 20. April 1933 im Amt befindlichen Ortsvorsteher mit Ausnahme der vorläufig des Dienstes Entbundenen mit Wirkung von diesem Zeitpunkt ab als auf ihre bisherige Stelle lebenslanglich ernannt, sofern sie nicht gegenüber der Aufsichtsbehörde schriftlich den Verzicht auf die Ernennung erklärt haben. Die Verzichtserklärungen müssen, um rechtswirksam zu sein, spätestens am 19. Juli 1933 bei der Aufsichtsbehörde vorliegen. Die meisten Bestimmungen des Gesetzes gelten auch für die Ortsvorsteher, die auf die Ernennung verzichteten, insbesondere die Bestimmungen über die Besoldung. Dagegen gelten für sie nicht die neuen Bestimmungen über die Versetzung aus dienstlichen Gründen

und über die Strafverfolgung aus dienstlichen Gründen und über die Strafverfolgung. Die Übergangsbestimmungen sehen aus Gründen der Billigkeit noch vor, daß die Ortsvorsteher, die in Besoldungsgruppen einzureihen sind, mindestens den Gehalt der gegenüber ihrer bisherigen Besoldungsgruppe nächstniedrigeren Gruppe erhalten und daß die nach einem Gehaltsrahmen zu besoldenden Ortsvorsteher, die die Voranschlags-, Steuer- und Rechnungsgeschäfte ganz oder teilweise besorgen oder ihr Amt als einzigen Beruf ausüben, mindestens 80 v. H. ihrer bisherigen Besoldung erhalten. Endlich enthalten die Übergangsbestimmungen noch Vorschriften über die Versorgung der Ortsvorsteher, die unter die §§ 4 und 6 des Berufsbeamtengesetzes vom 7. April 1933 fallen, und über die Anpassung der bisherigen Vergütungen an die neuen Besoldungssätze.

Das vom Staatsministerium beschlossene Gesetz über den Rechnungshof soll demnächst im Regierungsblatt durch den Herrn Reichsstatthalter verkündet werden. Damit ist ein längst erwünschtes, schon in der Verfassung § 52 vorgesehenes, bedeutendes Werk zum Abschluß gebracht. Das Rechnungshofgesetz regelt in 30 Artikeln die Rechtsstellung und den Aufgabenkreis des Rechnungshofs, seine Einrichtung, den Geschäftsgang und als Kernstück die Prüfungstätigkeit selbst. Der Rechnungshof ist nach dem Gesetz eine unabhängige, nur dem Gesetz unterworfenen Staatsbehörde. Er besteht aus einem Präsidenten und der notwendigen Zahl weiterer

## Sterbende Brüder

In Berlin ist in diesen Tagen eine seltsame Ausstellung eröffnet worden. Am Belle-Alliance-Platz sieht man in einem Schaufenster zwei große Tafeln, bedeckt mit Briefen aus Sowjetrußland, die von einer erschütternden Not erzählen. Es sind Hilferufe der Bauern aus Rußland, die in diesen Monaten von einer furchtbaren Hungersnot heimgejagt werden. Der Evangelische Presseverband für Deutschland hat in der Schrift „Brüder in Not“ (30 Pf., bei 20 Stück 2 Pf.) eine Reihe von Briefen aus deutschen Gemeinden zusammengestellt. Die Gebiete der deutschen Ansiedlungen waren bis zur Revolution die blühendsten Musterbetriebe der russischen Landwirtschaft. Heute noch leben dort mehr als eine Million deutschstämmiger Menschen, überwiegend evangelisch-lutherischen Glaubens, aber auch Katholiken und Rennomiten. Diese deutschen Siedlungen stehen heute vor ihrer völligen Vernichtung. Das zeigen die folgenden Briefauszüge:

„Für diese Zeilen, die ich in Unschuld an Sie schreibe, bin ich Gott verantwortlich, daß es Wahrheit ist. — Wir haben anderthalb Wochen außer Wasser und Salz nichts im Magen, und unsere Familie besteht aus neun Seelen.“ — „Es ist noch grauer als im Hungerjahr 1921. Die Menschen sterben, sterben und sterben. Es darf kein Vieh gegessen werden, kein Gebet gesprochen. Furchtbar, furchtbar.“ — „Das große Dorf (von etwa 8000 Einwohnern) ist halb leer. Die Leute streiten sich um ein Stückchen Vieh, das kaputt gegangen ist.“ — „Lieber Bruder! Es wird alle Tage schwerer

## Neue Enthüllungen über französische Bilderfälschungen im Kriege

Von Dr. R. F. Ling-Paris.

Ueber die Tätigkeit, die vom französischen Generalstab während des Weltkrieges auf dem Gebiet der Bilder- und Zeitungs-fälschungen ausgeübt wurde, ist nur wenig bekannt geworden, weil den Beteiligten strengstes Schweigen auferlegt und selbst die große Pariser Presse nicht eingeweiht war. Ganz wird die Wahrheit vielleicht nie herauskommen, aber immerhin geben jetzt neue Enthüllungen sehr interessante Einblicke in diese Fälscherzentrale, die sich „Propaganda-centrale gegen die Moral des Feindes“ nannte und vom zweiten Büro des Generalstabs geleitet wurde. Ihre Tätigkeit nahm besonders zu, nachdem Clemenceau Ministerpräsident geworden war. Auf sein Geheiß entwickelte die Abteilung eine erhöhte Energie. In den letzten Monaten des Krieges wurden nicht weniger als 300 000 gefälschte Manuskripte im Monat verteilt, und ein französischer Artillerieoffizier hatte sogar die technische Möglichkeit studiert und gefunden, ganze Ballen dieser Papiermunition in die deutsche Front hinüber zu schießen.

Gestellt wurden die Fälschungen in deutscher Sprache von der Pariser Nationaldruckerei. Es handelte sich übrigens nicht immer nur um gefälschte Schriftstücke; so wurde z. B. eine Rede Wilsons aus dem Jahre 1917 in deutscher Uebersetzung in Millionen von Exemplaren verbreitet. Fälschung aber war die Nummer 641 der Straßburger Post vom 16. Oktober, die vollständig in Paris hergestellt wurde und falsche Nachrichten enthielt. Die Fälschung war sehr geschickt und mit denselben Buchstabenformen wie das Original gedruckt. Gefälscht war ferner eine Nummer der von Deutschland herausgegebenen „Gazette des Ardennes“. Die Originalausgabe hatte eine Aufnahme enthalten, auf der man einen deutschen Feldgraben sah, wie er seine Mähzeit mit den Kindern seiner Quartiergeber teilte. Die Aufnahme war authentisch. Um den Eindruck zu verwischen, druckte man in Paris eine falsche Nummer der Gazette mit einer Zeichnung, welche die Gruppe kartierte und die Unterschrift trug: „Wer würde glauben, daß ich ihre Mutter getötet habe?“. In Frankreich wurde dann das Gerücht verbreitet, die Deutschen hätten diese französische Zeichnung benutzt, um die Photographie herzustellen. Ueberschüssig fälschte man grundsätzlich Originalaufnahmen und gab ihnen andere Auslegungen, wie ein Beispiel des „Matin“ besonders deutlich zeigt. Es gab eine deutsche Aufnahme des Kaisers mit dem Kronprinzen, auf welcher der letztere eine Zigarre in der Hand hielt. Der „Matin“ machte in seiner Nummer vom 1. Februar 1915 folgendes daraus: Die Zigarre war aus der Hand verschwunden, die infolgedessen wie eine geballte Faust aussah. Dann war das Gesicht des Kronprinzen verunstaltet worden, so daß es aussah, als ob er aufgebracht seinen Vater mit der Faust bedrohte, und das Ganze erhielt die Ueberschrift: „Ihre Gesichter!“. Eine Pariser Zeitschrift „Miroir“ benutzte in ihrer Nummer vom 14. Februar 1915 eine Postkarte aus dem Jahre 1905, die Unruh in Odesa abbildete. Man schnitt die Ueberschrift ab, veröffentlichte das Bild unter dem Titel „Die Verbrecher der deutschen Vorden in Polen“ und be-

hauptete, sie seien in Lodz gezeichnet. Ein anderes Mal nahm man ein Bild aus der deutschen Zeitschrift „Ost und West“ vom Jahre 1906 und fertigte eine ähnliche Fälschung, die im „Journal“ am 13. Februar 1915 als „Nach dem Durchzug der Barbaren“ gebracht wurde und infolge ihrer geschickten Aufmachung Glauben fand. Die Franzosen gaben aber auch eine Reihe von Veröffentlichungen in deutscher Sprache heraus, die an sich echt, aber forgierte Dokumente enthielten. So benutzte die Postzentrale Briefe deutscher Kriegsgefangener in Frankreich, um sie gehörig zurechtgestutzt in der Zeitschrift „Grüße an die Heimat“ abzurufen. Sie sollte den Deutschen zeigen, wie angenehm das Los der Gefangenen sei. Beigelegte Bilder mußten diesen Eindruck verstärken. Das Gegenstück waren die „Briefe aus Deutschland“, deren Grundlage Briefe deutscher Angehöriger an die Gefangenen waren. Der bekannte Abbé Bettier redigierte die „Feldpost“ und die „Kriegsblätter“, die erfundene Reden und Aufrufe, darunter einen von Liebknecht, enthielten. Verfasser war außer Wetterlé der berühmte Zeichner Hansi. Der Pariser „Temps“ fiel dabei auf die Fälschungen herein und erfand selbst noch zu einer angeblich auf dem Potsdamer Platz in Berlin veranstalteten Kundgebung folgendes hinzu: „Der Redner konnte nicht weitergehen. Einen Augenblick später verhaftete ihn die Polizei und zerstreute berittene Schutzleute die Menge.“ Ebenso wurde das „Journal des Débats“ durch eine französische Fälschung getäuscht. Man hatte einen Aufruf in deutscher Sprache mit der Ueberschrift: „Bauern! Landleute!“ hergestellt, der in Bayern separatistische Tendenzen erwecken sollte. Zu Beginn des Jahres 1918 wurde ein Abdruck in Vincennes bei Paris gefunden und dem „Journal des Débats“ gebracht, das tiefgründig und gelehrig die Ansichten der bayerischen Abtrennung erörterte und den Aufruf als Beweis für den Umfang der Bewegung ansah. Ein Redakteur auferte sogar die Vermutung, ein bayerischer Flieger habe das Blatt nachts über Paris fallen lassen. Obwohl dem französischen Generalstab die Behauptung, ein deutscher Flieger sei untersehens nachts über Paris erschienen, nicht sehr angenehm war, konnte er doch nicht seine eigene Fälschung offenbaren. Ein Flugblatt, das zum Desertieren einlud, begann folgendermaßen in deutscher Sprache: „Deutsche Kameraden! Im Kampfe sind die Franzosen, Ihr wißt es ja, gefährliche und unerbittliche Gegner. Sobald aber der Kampf vorüber ist, zeigen sie sich als gutherzige Menschen.“ Den deutschen Soldaten, die etwa überlaufen wollten, wird dann verprochen: „Fürchtet Euch nicht. Es wird Euch kein Leid getan. Es sind in dieser Beziehung den französischen Truppen strenge Befehle erteilt worden.“ Dagegehörige Bilder tragen z. B. die Unterschrift: „Hier könnt Ihr sehen, wie Eure gefangenen Kameraden bei uns behandelt werden.“

Unter den Erfindungen des Generalstabs ist z. B. die Gruppe der „Freunde der deutschen Demokratie“ zu nennen, als deren Symbol die bekannte Freiheitsstatue am Eingang des New Yorker Hafens abgebildet war. Die Gruppe bestand nicht. Nach der Verfertigung der Luftkammer brach „Monde illustré“ am 21. August 1915 ein Bild, das eine von dem Ereignis begeisterte Menge vor dem Kaiser und seiner Familie zeigte. In Wirklichkeit handelte es sich um eine Aufnahme vom 31. Juli 1914 vor dem Berliner Schloß.

Menschenworte sind nicht imstande, die ganze entsetzliche Fülle der Not zum Ausdruck zu bringen, die in dem einen Schrei beschlossen ist: „Wir verhungern!“ Wir dürfen diesen Schrei nicht überhören. Wir müssen helfen. Der Gustav-Adolf-Verein, der Zentralauschuß für Innere Mission, der Martin-Luther-Bund u. a. haben sich in den Dienst des Rettungswerkes gestellt. Sie sind mit anderen Hilfsorganisationen zusammengefaßt in dem „Reichsauschuß Brüder in Not“. Zaudert nicht, helfst, helfst, helfst! — Gaben nehmen entgegen die Evang. Stadtpfarrenter in Calw.

haupte, sie seien in Lodz gezeichnet. Ein anderes Mal nahm man ein Bild aus der deutschen Zeitschrift „Ost und West“ vom Jahre 1906 und fertigte eine ähnliche Fälschung, die im „Journal“ am 13. Februar 1915 als „Nach dem Durchzug der Barbaren“ gebracht wurde und infolge ihrer geschickten Aufmachung Glauben fand.

Die Franzosen gaben aber auch eine Reihe von Veröffentlichungen in deutscher Sprache heraus, die an sich echt, aber forgierte Dokumente enthielten. So benutzte die Postzentrale Briefe deutscher Kriegsgefangener in Frankreich, um sie gehörig zurechtgestutzt in der Zeitschrift „Grüße an die Heimat“ abzurufen. Sie sollte den Deutschen zeigen, wie angenehm das Los der Gefangenen sei. Beigelegte Bilder mußten diesen Eindruck verstärken. Das Gegenstück waren die „Briefe aus Deutschland“, deren Grundlage Briefe deutscher Angehöriger an die Gefangenen waren. Der bekannte Abbé Bettier redigierte die „Feldpost“ und die „Kriegsblätter“, die erfundene Reden und Aufrufe, darunter einen von Liebknecht, enthielten. Verfasser war außer Wetterlé der berühmte Zeichner Hansi. Der Pariser „Temps“ fiel dabei auf die Fälschungen herein und erfand selbst noch zu einer angeblich auf dem Potsdamer Platz in Berlin veranstalteten Kundgebung folgendes hinzu: „Der Redner konnte nicht weitergehen. Einen Augenblick später verhaftete ihn die Polizei und zerstreute berittene Schutzleute die Menge.“ Ebenso wurde das „Journal des Débats“ durch eine französische Fälschung getäuscht. Man hatte einen Aufruf in deutscher Sprache mit der Ueberschrift: „Bauern! Landleute!“ hergestellt, der in Bayern separatistische Tendenzen erwecken sollte. Zu Beginn des Jahres 1918 wurde ein Abdruck in Vincennes bei Paris gefunden und dem „Journal des Débats“ gebracht, das tiefgründig und gelehrig die Ansichten der bayerischen Abtrennung erörterte und den Aufruf als Beweis für den Umfang der Bewegung ansah. Ein Redakteur auferte sogar die Vermutung, ein bayerischer Flieger habe das Blatt nachts über Paris fallen lassen. Obwohl dem französischen Generalstab die Behauptung, ein deutscher Flieger sei untersehens nachts über Paris erschienen, nicht sehr angenehm war, konnte er doch nicht seine eigene Fälschung offenbaren. Ein Flugblatt, das zum Desertieren einlud, begann folgendermaßen in deutscher Sprache: „Deutsche Kameraden! Im Kampfe sind die Franzosen, Ihr wißt es ja, gefährliche und unerbittliche Gegner. Sobald aber der Kampf vorüber ist, zeigen sie sich als gutherzige Menschen.“ Den deutschen Soldaten, die etwa überlaufen wollten, wird dann verprochen: „Fürchtet Euch nicht. Es wird Euch kein Leid getan. Es sind in dieser Beziehung den französischen Truppen strenge Befehle erteilt worden.“ Dagegehörige Bilder tragen z. B. die Unterschrift: „Hier könnt Ihr sehen, wie Eure gefangenen Kameraden bei uns behandelt werden.“

Unter den Erfindungen des Generalstabs ist z. B. die Gruppe der „Freunde der deutschen Demokratie“ zu nennen, als deren Symbol die bekannte Freiheitsstatue am Eingang des New Yorker Hafens abgebildet war. Die Gruppe bestand nicht. Nach der Verfertigung der Luftkammer brach „Monde illustré“ am 21. August 1915 ein Bild, das eine von dem Ereignis begeisterte Menge vor dem Kaiser und seiner Familie zeigte. In Wirklichkeit handelte es sich um eine Aufnahme vom 31. Juli 1914 vor dem Berliner Schloß.

# Aus Stadt und Land

Calw, den 26. Juni 1933.

Nachdruck eigener Berichte nur mit Quellenangabe gestattet.

## „Graf Zeppelin“ über Calw

Gestern abend 20.14 Uhr hat das Luftschiff „Graf Zeppelin“ unsere Stadt überflogen. Das Luftschiff kam aus Nordwest und flog etwa in Richtung Böblingen weiter; es befand sich auf der Heimreise von einer Fahrt ins Saargebiet. Das Erscheinen des silbergrauen Riesens über der Stadt erweckte lauten Jubel, besonders von den Höhen aus konnte man seinen Kurs längere Zeit verfolgen. Schon am Sonntag früh etwa gegen 5.45 Uhr hatte das Luftschiff das Nagoldtal aus Richtung Gehingen kommend bei Dirsau überflogen.

## Das Fest der Jugend

vereinte am letzten Samstag in unserer Stadt alles, was jung war oder sich jung fühlte zu einem Tag der Freude. Morgens trat die Schulkinder auf dem Spielplatz des Turnvereins an. Die Lehrerschaft versammelte sich im Turnheim, wo die Herren Koller, Langbein und Fischer, in deren Händen die technische Leitung der an diesem Morgen stattfindenden „Reichsjugendwettkämpfe“ lag, noch kurz die nötigen Anweisungen gaben. Dann konnte sofort mit den Wettkämpfen begonnen werden. — Die Wettkämpfe wurden in diesem Jahr im Gegensatz zu früher als Mannschaftskämpfe durchgeführt; nicht mehr wenige hervorragende Leistungen einzelner, sondern der gemeinschaftsbildende Gedanke stand im Mittelpunkt der Wettkämpfe. Ganze Massen- oder Schulgemeinschaften sollten ihre Kräfte im Dreikampfmessen, der sich aus 100-Meter-Lauf, Ball-Weitwurf und Weitsprung zusammensetzte. Es wurden schöne Leistungen erzielt, zumal die Platzverhältnisse ziemlich gut waren, da der Boden um 9.30 Uhr beinahe trocken war. (Weber die Ergebnisse im einzelnen folgt noch Bericht.) Auf dem vom Turnverein freundlich zur Verfügung gestellten Platz hatte Herr Pantke freiwillig das bei 450 Schülern gewiss nicht leichte Amt des Ordnungsdienstes übernommen. Die freiwillige Sanitätskolonne hatte ebenfalls zwei Mann auf dem Spielplatz gefandt, um bei etwaigen Unfällen sofort bei der Hand zu sein. Doch verlief der Morgen ziemlich reibungslos, so daß um 11.30 Uhr die Wettkämpfe beendet waren; nur die Herren Redner waren noch eifrig mit dem Feststellen der Ergebnisse beschäftigt.

Nachmittags marschierten die Schüler und Jugendlichen in geschlossenem Zuge zur Festveranstaltung wiederum auf den Platz des Turnvereins. Leider wurde die Festfreude durch den nun einsetzenden Regen ein wenig getrübt. Der Aufmarsch der 450 Schüler zu den Massensportübungen und ihre gewandte Durchführung hinterließen einen gewichtigen Eindruck. Mit dem gemeinsamen Gesang „Ich habe Lust im weiten Feld“ wurde in die eigentliche Programmfolge eingetreten. Bei Staffelläufen, Hindernisläufen und Tauziehen maßen sich die einzelnen Schulen im gegenseitigen Können. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Mägen der Volks- und Mittelschulen und ein äußerst interessantes Massenhandgranatenwerfen. Ein von der Realschule gegen die Alte Handelschule ausgetragenes Fußballwettbewerb wurde von der Realschule 2:1 gewonnen. Damit war das Festprogramm und eine von Herrn Studiendirektor Dr. Graeter gehaltene Ansprache und der gem. Gesang „Rein schöner Land“ beschlossen die unter Oberleitung des Vorstandes der höheren Schulen durchgeführte Veranstaltung.

Ausklang und Höhepunkt des festlichen Tages war abends eine Sonnenfeier auf dem Sportplatz des Fußballvereins beim Calver Hof, welche unter Führung der Hitlerjugend stand. Auf dem Brühl sammelten sich trotz der regenreichen Witterung die jungen und alten Teilnehmer — Kreisleitung, Amtswalter und Ortsgruppe der NSDAP waren vollständig erschienen — in großer Zahl, um in geschlossenem Zuge unter Vorantritt der Hitlerjugend und dem Spielmarsch durch die Stadt hinauf zum Sportplatz zu marschieren. Dortselbst ordneten sich die Jugendlichen in weitem Biereck um den mächtigen, in hohen Scheiten gefügten Holzstoß. „Wach auf, wach auf du deutsches Land“ Klang es aus vielen hundert jungen Rehlen über den Platz, und dann „Flamme empor“, als das Sonnenfeuer in roter, zuckender Lohe funkenliebend in das regenschwere Wolkengrau des abendlichen Himmels emporstrahlte. Und zum dritten: „Ich habe Lust im weiten Feld zu streiten“; das Lied war noch nicht verklungen, da flammten auch in Stammheim und Alzenberg die Sonnenfeuer auf, nachbarlich grüßend.

Die Feuerrede hielt Studiendirektor Dr. Graeter. In seinen klaren, hochgemuteten Ausführungen sprach er über die Bedeutung der Sonnenfeste bei unseren Vorfahren. Die Sonnenwenden, so sagte er, waren früher die höchsten Feste des

Jahres; sie zeigten am klarsten die Art, wie unsere Vorfahren Welt und Leben sahen. Die Wintersonnwende brachte die fröhliche Weihnachtszeit mit der Verheißung: der Tag wird länger und wärmer, das Leben erwacht wieder und alles wird besser. Die Sommersonnwende hingegen ist die Zeit, wo die Sonne am höchsten steht, wo sie ihre höchste Kraft verbreitet, und der Tag am längsten ist. Die Zeit, wo alles Leben in höchster Fülle steht, die Zeit für ein Fest der Jugend, die keine Ende ihrer Lebenskraft und Lebenslust fühlt. Sonne, Licht, Leben, Kraft, Reinheit, alles was gut ist, sahen unsere Vorfahren an diesem Tage beieinander, in einander, und sie feierten es im Sonnenfeuer, das zum Himmel brannte. In dieser hohen Zeit bewegte sich alles, was kraftvoll mutig und jung war, ihr Herz, alles was den Menschen erhobte, ging durch ihren Sinn. Sie dachten an alles Gute und Hohe so bedingungslos unbedingt und uneingeschränkt, wie es nur die Jugend kann. Und all das verkörperte sich ihnen in der Gestalt des Gottes Baldur, der nichts war als Güte, nichts war als Hochsinn. Mit ihm im Herzen verstand es sich für jeden selbst, daß nur das Gute und Große in ihm und in der Welt gelten durfte. — Sommersonnwende bedeutet höchsten Stand der Sonne. Der sie feiert, weiß aber, daß von jetzt an jedem Tag weniger Sonnenschein, Sonnenkraft zuteil wird. Doch gerade deshalb feierten die Alten und das trotzig „erst recht“ verdrängte die reine Freude. In dieser Sinnesart offenbarten sich der Stolz und das Heldentum unserer Vorfahren. Am Tage, wo sie wußten: die Helligkeit des Jahres verläßt uns wieder, mühevoller an Arbeit und reicher an Kämpfen wird das Leben, feierten sie. Sie feierten den ehrlichen Kampf um das, was das Schönste, Höchste ist, um alles, was zum Licht gehört. Dieser Kampfgeist ist unser Geist geblieben durch all die Jahrhunderte. Er hat auch noch die Millionen befreit, die im Kampf ums Vaterland gefallen sind. Solange er in ihm wohnt, war unser Volk groß!

Der Redner ehrt die Toten des Weltkrieges und die für Deutschlands Erneuerung gefallenen Kameraden, indem er unter den Ehrenbezeugungen der Wehrverbände einen Kranz im Sonnenfeuer verbrannte. Während der Reif verglühete, sang die Jugend das Lied vom guten Kameraden. — Wie dieser Kranz in den Flammen verglühete, sollen ewig im Herzen glühen Dank, Achtung und Liebe für die, denen er gewidmet ist!

Studiendirektor Dr. Graeter machte es den Versammelten zur Pflicht, im Kampf für alles, was edel, stolz und gut in der Welt, treue Kameraden zu sein. Wie für die Vorfahren darf es kein höheres Gelübnis geben wie dies: immer stolz, immer unabwendbar für das Gute kämpfen, was der Kraft wert ist, für das Höchste im Leben, für Volk und Gott, der seine Schicksale lenkt. Stolz und trotzig sind zu allen Zeiten die rechten Kämpfer ihren Weg gegangen; ihr Geist soll unter uns leben und immer mehr an Macht gewinnen. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß der Geist dieser Feier der Freude und des Heldentums unserem Volk den stolzen Mut und die innere Kameradschaft wieder geben möge, die das Leben zur Freude mache.

Nach der Feuerrede sangen Schulen und Jugendbünde unter Leitung von Reallehrer Maill den mehrstimmigen Kanon „Flamme empor“, dann sprachen Angehörige der Eigenkranzjugend Feuerprüche, in denen Begeisterung und Einsatzbereitschaft für alles Hohe, für Volk und Vaterland wiederklangten. Ein Fahnenheben des Bundes deutscher Mädchen vor den Flammen des Sonnenfeuers bot ein letztes eindrucksvolles Bild. Die Feier endete schließlich mit dem Lied: „Ich hab mich ergeben, dem Deutschland- und Gott-Gesang und einem dreifachen Siegfheil für den Volkstanzler. Abmarsch und Rückkehr in die Stadt, woselbst sich der Zug auf dem Marktplatz auflöste, vollzogen sich in bester Ordnung. War auch das Wetter dem Fest der Jugend keineswegs hold, wird der festliche Tag doch den jungen und alten Teilnehmern in guter Erinnerung bleiben.

## Deutscher Liedertag

Anlässlich des 4. Deutschen Liedertages veranstaltete der Calwer Liederkranz gestern vormittag gemeinsam mit der Stadtkapelle ein Freiluftkonzert auf dem Marktplatz. Die Sänger rückten unter Mitführung der Fahne und unter Vorantritt der Stadtkapelle geschlossen zum Markt, wo sich eine große Schaar erwartungsvoller Hörer versammelt hatte. Dem Sinn des Tages entsprechend beherrschte das deutsche Lied die auf Heimat und Vaterland abgestimmte Vortragfolge, und der seit 96 Jahren im Dienst des deutschen Liedes stehende Calwer Liederkranz verstand es wahrlich, von der Kraft und Schönheit des Liedes Kunde zu geben und für den Männergesang als krasseste deutsche Volkstum zu werden. Aus der Liedertafel traten besonders die Zeltersche Vertonung des Goethe'schen Bundesliedes und Hugo Kauns „Heimatlied“ nach Instrumentierung durch Musikdirektor Frank von der Stadtkapelle sehr gut begleitet, als

ausgezeichnete chorische Leistungen hervor. Musikdirektor Schrafft brachte diese Tonhörsungen mit den begeisterten und zuechtvoll mitgehenden Sängern zu unmittelbarer, großer Wirkung. Mit feinem Ausdruck gesungen, wurden ferner zwei ewig schöne Heimatlieder von Simon Bren und aus der neueren Chorkonferenz „An die Heimat“ von H. Jüngst. Die Stadtkapelle erfreute unter Leitung von Musikdirektor Frank, durch einige in die Programmfolge eingeschobene Musikstücke volkstümlichen Charakters. Das schöne Konzert, das zugleich den Willen der im Deutschen Sängerbund zusammengeschlossenen Sänger zur Mitarbeit an der geistigen und sittlichen Erneuerung Deutschlands darzulegen sollte, schloß mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes. Erwähnt sei noch, daß am Sonntag früh das Doppelquartett des Vereins, einem guten, seit vielen Jahren geübten Brauch folgend, im Calver Bezirkskrankenhaus einige sehr dankbar aufgenommene Vieder sang.

## Wetter für Dienstag und Mittwoch

Infolge des nördlichen Tiefdrucks ist für Dienstag und Mittwoch immer noch ziemlich unbeständiges, wenn auch zeitweilig aufheiterndes Wetter zu erwarten.

\*

Sonnenhardt, 25. Juni. Die Zählung ergab in Sonnenhardt 240 männliche und 277 weibliche Personen, zusammen 517 Personen. Bei der Zählung im Jahr 1925 betrug die Gesamtsumme 481 Personen.

Nagold, 25. Juni. Nach der vorläufigen Feststellung beträgt die ortsanwesende Bevölkerung der Stadt Nagold 2171 männliche Personen und 2219 weibliche Personen, zusammen 4390 Personen. Bei der Volkszählung am 16. Juni 1925 waren ortsanwesend 4140. Zunahme 250 Personen. — Das vorläufige Ergebnis der Volkszählung in Alkensteig ist folgendes: männliche Personen 1861, weibliche Personen 1874, zusammen 3735. Bei der letzten Volkszählung im Jahre 1925 betrug die ortsanwesende Bevölkerung 2606, so daß ein Zuwachs von 129 Personen zu verzeichnen ist.

Neuenbürg, 25. Juni. Letzte Woche war eine Abordnung hoher Beamter des Justizministeriums in Neuenbürg. Ihr Erscheinen diente der Rehabilitierung des Herrn Amtsgerichtsvorstands, der nach Beendigung des Urlaubs, den er anlässlich der Demonstration vor dem Amtsgericht genommen hatte, am 21. ds. Mts. wieder auf seinen Posten zurückgekehrt war.

Stuttgart, 25. Juni. Auf Grund der Erklärung des Reichsministers des Innern, wonach die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei Deutschlands von der weiteren Ausübung ihrer Mandate in Volksvertretungen sofort ausgeschlossen sind, hat Staatskommissar Dr. Strölin verfügt, daß die sozialdemokratischen Stadträte zu den Verhandlungen des Gemeinderats, seiner Abteilungen und Ausschüsse nicht mehr zugezogen werden.

Heilbronn, 25. Juni. Gestern nacht wurde auf die Wohnung von Oberbürgermeister Benteiger ein Ueberfall verübt und das Mobiliar zerstört. Zur Ermittlung der Täter hat die Staatsanwaltschaft 500 M. Belohnung ausgesetzt.

Aulendorf, 25. Juni. Graf Hermann von Königs-egg-Aulendorf, Stahlhelmadjutant, wurde heute vormittag auf Grund abfälliger Meinungen über die NSDAP und SA. in Aulendorf in Schutzhaft genommen und in das Oberamtsgefängnis Walbsee eingeliefert.

## Geld-, Volks- und Landwirtschaft

### R.G. Obst- und Gemüsemarkt vom 24. Juni

Erdbeeren 20–32; Walderdbeeren 60–80; Stachelbeeren 16–18; Heidelbeeren 35–38; Kirichen 14–28; Kartoffeln 25 bis 3; Stangenbohnen 55–60; Buschbohnen 50–55; Erbsen 15–18; Kopfsalat 1 Stück 3–6; Endivienalat 10–12; Wirfing ¼ Kg. 7–8; Weißkraut, rund 12–15; Blumenkohl 10 bis 40; Rote Rüben 8–10; Gelbe Rüben 6–7; Karotten, runde, 1 Bund 8–12; Zwiebel 8–9; mit Rohr 6–8; Gurken, große, 1 Stück 10–30; Rettiche 3–6; Monatsrettiche, rot 5 bis 6; weiß 5–7; Sellerie 10–15; Spargeln Untert. 20–45; Schweg. ¼ Kg. 20–30; Spinat 6–8; Rhabarber 6–7; Kohlraben, 1 Stück 3–6.

### Calwer Wochenmarkt

Bei dem am letzten Samstag abgehaltenen Wochenmarkt wurden folgende Preise bezahlt: Kartoffeln alte 35–4 Pf., Zwiebeln 14, rote Rüben 10, Brockelerbsen 30, Spinat 15, Tomaten ausl. 50, Wirfing 25, neue Kartoffeln 3 Pf. 35, Rhabarber 10 Pf. je Pfund. Blumenkohl 20–50, Kohlraben 7–8, Gurken 20–40, Kopfsalat 7–8, Rettig 5–12 Pf. pro Stück. Gelbe Rüben der Bund 12–15, Kirichen 25–32, Preklinge 40, Äpfel ausl. 55 Pf. pro Pfund. Tafelbutter 1,60, Landbutter 1,20, frische Eier 9, ausländ. Kisteneier 10 Pf. das Stück.

## Amtl. Bekanntmachungen

### Calw. Fuhrakkoord.

Die Befuhr des Brennholzes für die städtischen Amtsgebäude und Schulen ist im Abstreich zu verbinden. Schriftliche Gebote wollen bis **Mittwoch, den 28. Juni 1933, nachmittags 5 Uhr** eingereicht werden. Die Akkordsbedingungen liegen in unserem Geschäftszimmer zur Einsicht auf. Den 24. Juni 1933.

Stadtpflege.

## Sie schädigen sich selbst,

wenn Sie eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsfragen auf dem Laufenden zu halten, die für Sie u. Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.

**Vor Schaden bewahren Sie sich,** wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Bezirks gibt. Darum bestellen Sie das im ortsanässigen Betrieb hergestellte „Calwer Tagblatt“, das Sie über alle Vorkommnisse im Bezirk unterrichtet u. dessen Druckerei an den Steuerlasten des Bezirks mitträgt

Von heute Montag ab  
**Butterabschlag in  
la Süßrahm-  
Tafel-Butter  
la Kräuterkäse  
u. Schweizerkäse**  
sowie alle Sorten der  
feinen

**Alpgäuerkäse**  
für die Landkundschaft  
empfehlen den guten billig.  
**Erntekäse**  
nur Alpgäuer-  
Molkerer-Produkte  
29 Altburgerstraße 29

Senden Sie Ihren Angehörigen ins Ausland das „Calwer Tagblatt“!

## „Concordia“ Frauenchor heute abend

wegen des morgen abend stattfindenden Konzertes des Wendling-Quartetts.

**Brennnesel- und  
Birkenhaarwasser**  
für Haare und Haarboden  
Flasche Mk. 1.35 bei  
**K. Otto Vinçon, Calw**

Einen gebrauchten  
**Attila-  
Grasmäher**

(Ruhmäher)  
zu verkaufen  
**W. Wackenhuth.**

Einige Hundert guterhaltene  
**Salzziegel**

zu kaufen gesucht, ferner wird zum sofortigen Eintritt 17–20jähriges

**Mädchen**

für Landwirtschaft gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

## Calwer Zwieback

ärztl. empfohlen für Kinder, Kranke und Stärkungsbedürftige liefert als Spezialität  
**Zwieback-Bäckerei  
Hermann Giebenruth**  
Langjähriger Lieferant großer Krankenhäuser

## Klingel- und Haustelefon-Anlagen

Trocken- und Naßelemente — Taschenlampen  
sowie Batterien und Birnen — Gasanzünder

**Elektro-Ziegler Calw** Fernsprecher 211

Ehe Sie einen

## Druckauftrag

nach auswärts vergeben, fragen Sie doch bei uns an, ob wir Sie nicht vorteilhafter bedienen können.

## „Tagblatt“-Buchdruckerei

Fernsprecher Nr. 9 **Calw** Lederstraße Nr. 23